

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/162

24. August 1972

Die Spiele von München

Grüße der SPD an die Sportler aus aller Welt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Vizepräsident des Organisationskomitees für
die XX. Olympischen Spiele München 1972 und
SPD-Landesvorsitzender in Bayern

Seite 1 und 2 / 76 Zeilen

Europa-Impulse aus Bonn

Erfolgreiche Gipfelkonferenz-Politik der
Bundesregierung

Seite 3 / 46 Zeilen

Eine aktuelle Frage: Sport und Politik

Überlegungen zum IOC-Streit über Rhodesien

Von Dr. Erhard Eppler MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit

Seite 4 / 33 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Die Spiele von München

Grüße der SPD an die Sportler aus aller Welt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel

Vizepräsident des Organisationskomitees für die XX. Olympischen Spiele München 1972 und SPD-Landesvorsitzender in Bayern

Am 26. August 1972 um 15.00 Uhr wird Bundespräsident Dr. Dr. Gustav W. Heinemann die XX. Olympischen Spiele der Neuzeit in München eröffnen. Das ist kein Anlaß, in nationalen Überschwang zu verfallen. Und gerade Sozialdemokraten werden bei einer solchen Gelegenheit auch kritische Fragen stellen. So etwa die, ob die Spiele angesichts ihres enormen Wachstums in der bisherigen Form überhaupt noch eine Zukunft haben. Oder die, wo die humanen Grenzen des Leistungssports liegen. Oder auch die Frage, ob ein Gesellschaftssystem nicht durchgreifender Reformen bedarf, unter dessen tatsächlichen oder vermeintlichen Sachwängen sich eine Stadt um Olympische Spiele bewerben muß, um dringend notwendige Verbesserungen ihrer Infrastruktur innerhalb einer vorzünftigen Zeitspanne verwirklichen zu können.

Aber das ist nur die eine Seite der olympischen Medaille. Sozialdemokraten sehen durchaus auch den anderen, positiven Aspekt. Sie sind - jedenfalls in ihrer übergroßen Mehrheit - keine Politgrümlinge und teilen deshalb die Freude sehr vieler Deutscher darüber, daß die Spiele einer deutschen Stadt anvertraut wurden, und daß sie nach 36 Jahren wieder in Deutschland stattfinden.

Die Bundesrepublik Deutschland braucht diesen Vergleich nicht zu scheuen. Es ist nicht mehr das Deutschland eines Adolf Hitler, der seine Aggressionsabsichten nur mühsam unter der Olympia-Camouflage versteckte. Es ist das Deutschland Willy Brandts, das gerade unter der Kanzlerschaft dieses Mannes einen entscheidenden Beitrag zum Frieden und zur Entspannung in der Welt geleistet hat. Und es ist ein Deutschland, das seine Gäste und Besucher nicht überwältigen, ihnen imponieren und sie betäuben, sondern sich ihnen freundschaftlich, aber ungeschwinkt mit all seinen Mängeln und Vorzügen mitteilen will.

In dieser Mitteilungsmöglichkeit liegt die große Chance der Spiele. Zwei Millionen Besucher werden München, Bayern und die Bundesrepublik an Ort und Stelle kennenlernen und erleben. 4.000 Journalisten werden nicht nur über die Wettkämpfe, sondern auch über das Land und das Volk berichten, in dessen Mitte sie stattfinden. Und über 900 Millionen Menschen, also mehr als ein Viertel der Menschheit, werden an ihren Fernsehgeräten außer den sportlichen Ereignissen auch Informationen und Kommentare über das

heutige Deutschland sehen und hören.

Diese Chance liegt noch vor uns. Zwei andere Chancen hingegen sind unter maßgeblicher Mitwirkung von Sozialdemokraten bereits genutzt worden. Die Chance, die Lebensqualität der Stadt München in den Vorbereitungs Jahren durch den raschen Ausbau eines modernen Schienen-Schnellverkehrs-Systems, durch die Anlage eines der größten europäischen Fußgängerbereiche und durch die Umwandlung des öden Oberwiesenschloßes in einen attraktiven Sport- und Erholungspark zu erhöhen. Und die Chance, dem deutschen Sport neue Impulse zu geben: Impulse, die nicht nur Höchstleistungen fördern, sondern auch in die Breite wirken und Hunderttausende neu davon überzeugt haben, daß ein gesundes Leben ohne regelmäßige körperliche Anstrengung nicht möglich ist. Der große Erfolg der "Triumph-Dich-Aktion" ist sicher nur auf diesem Hintergrund und im Zusammenhang mit dem wachsenden Olympia-Interesse erklärbar.

Diese drei Chancen rechtfertigen die großen Anstrengungen, die seit der Entscheidung von Rom zur Vorbereitung der Spiele unternommen worden sind. Sie sind auch gerechtfertigt, weil Zehntausende von Menschen bei dieser Gelegenheit die Schranken der Rasse, des Glaubens, der politischen Überzeugung und der Sprache wenigstens für kurze Zeit durchbrechen und sich sicher nicht im idealistischen Sinne als Brüder und Schwestern, aber dennoch als Glieder der einen großen Menschheit begegnen und dabei das eine oder andere Vorurteil abstreifen werden.

In diesem Sinne entbieten die deutschen Sozialdemokraten allen, die an den Spielen teilnehmen, den Sportlern und den Offiziellen, den Journalisten und den Zuschauern, aber auch allen Helfern herzliche Willkommensgrüße. Sie alle sollen sich in unserer Mitte wohlfühlen, sie sollen sich nicht an Superlativen berauschen, sie sollen sich ganz einfach freuen über die Farben und die Bewegung, über die Vielfalt und das Fremdartige. Über die Stadt München, über die Bauten und auch über das Dach.

Das ist viel und wenig in einem. Gerade die Sozialdemokraten wissen, daß Menschen zu keiner Zeit der Wirklichkeit den Glanz der Möglichkeit, der Realität die Reinheit und Mächtigkeit der Idee geben können. Doch daß menschliches Tun hinter den hohen Anforderungen der Idee zurückbleibt, ist kein Grund, die Idee preiszugeben und auf die Kräfte zu verzichten, die diese Idee bei all unserer Unzulänglichkeit immer wieder aufs Neue freisetzt und in die Richtung des Friedens, der Kultur und der Freiheit lenkt. Mögen die Spiele dazu einen Beitrag leisten.

(-/ee/24.8.1972/ks)

Europa-Impulse aus Bonn

Erfolgreiche Gipfekonferenz-Politik der Bundesregierung

Ein Vorwurf, der in fast allen Reden von Politikern der Opposition immer wieder erhoben wird, behauptet, daß die von Brandt/Scheel geführte Bundesregierung die Westpolitik vernachlässige und zu wenig tue, um die europäische Zusammenarbeit voranzutreiben. Daraus werden phantastische Spekulationen abgeleitet, wie etwa die, daß die sozialliberale Koalition mehr Gewicht auf gute Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn lege, was auf Kosten der Sicherheit des Westens gehe. Daß es gerade die unablässigen Bemühungen dieser Bundesregierung waren, die den Beitritt Großbritanniens, Norwegens, Dänemarks und Irlands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bewirkten, wird dabei bewußt überschoten. Das war ein großer Schritt nach vorn, der der europäischen Zusammenarbeit neuen Auftrieb gab. Im Dunst des sich abzeichnenden Wahlkampfes zum VII. Deutschen Bundestag wird dies leider zu oft vernachlässigt.

Der Vorbereitung des ersten Gipfeltreffens der zehn in der ENG vereinigten Staaten galten denn auch die Gespräche, die Willy Brandt, Helmut Schmidt und Walter Scheel in Bonn mit dem französischen Außenminister Maurice Schuman führten. Die Öffentlichkeit nimmt dies schon als so selbstverständlich hin, daß es darüber keine Schlagzeilen gibt. Doch kamen äußerst wichtige Dinge zu Sprache, die uns alle angehen. Eines der Hauptthemen mit denen sich dieses Gipfeltreffen zu befassen haben wird, ist z.B. die Währungsfrage. Der Prozeß der Geldentwertung ist ein internationales Phänomen, und kein Land kann allein damit fertig werden. In einem Meer von Inflation sind Inseln der Stabilität undenkbar. Diese Einsicht hat nichts mit Fatalismus zu tun, aber sie führt zur Verstärkung gemeinsamer Bemühungen, zur Bekämpfung einer alle bedrohende Gefahr. Darüber besteht völlige Übereinstimmung zwischen dem französischen Finanzminister und seinem deutschen Kollegen. Es gilt in einem gewiß nicht von heute auf morgen sich vollziehenden Prozeß die Voraussetzungen für ein gemeinsames stabilitätskonformes, konzentriertes, konjunktur-, finanz- und währungspolitisches Verhalten der ENG-Partner und der ENG-Organen zu schaffen. Gewiß, ein großes, Phantasie, Mut und Nüchternheit beanspruchendes Unternehmen, das die besten Geister herausfordert.

Daß darüber, wie dieses Unternehmen verwirklicht werden kann, auch unter Freunden verschiedene Auffassungen bestehen, das gehört zu den normalen Gegebenheiten. Entscheidend ist, daß das Ziel gemeinsam anvisiert wird, um auch gemeinsame Wege finden zu können. Dafür wird die Bundesregierung das ganze Gewicht unseres Staates in die Waagschale werfen, und sie beweist damit - Wahlkampf hin Wahlkampf her - ihre Handlungsfähigkeit auf einem Gebiet von überragender Bedeutung. Vom Gipfeltreffen in Paris sind für die Erweiterung und Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit belobende Impulse zu erwarten. (ac/ex/24.8.1972/ks)

Eine aktuelle Frage: Sport und Politik

Überlegungen zum IOC-Streit über Rhodesien

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit ist ungehalten, ja empört über das Verhalten der afrikanischen Staaten. Wissen diese Afrikaner, ja sogar die schwarzen Amerikaner, nicht, daß Olympia nichts mit Politik zu tun hat? Haben sie nicht auf eine fahrlässige Weise die olympische Idee diskreditiert? So wird argumentiert.

Niemand wird leugnen können, daß vieles im Verhalten der Afrikaner widersprüchlich und ungeschickt war. Trotzdem läge es in niemandes Interesse, so zu tun, als wäre jetzt einer totalen Politisierung der Spiele Tor und Tür geöffnet.

In München starten Israelis und Araber, Inder und Pakistani, US-Amerikaner und Kubaner, obwohl ihre Länder tief verfeindet sind. Das geht reibungslos. Und wir alle hoffen, daß es auch in Zukunft reibungslos gehen wird. Warum wehren sich die Schwarzafrikaner denn gegen die Teilnahme Rhodesiens?

Hier geht es nicht allein um politische Feindschaft. Hier geht es darum, daß es in Rhodesien zwei Klassen von Menschen gibt: weiße, die zum Herrschen, schwarze, die zum Dienen bestimmt sind.

Auch verfeindete Staaten kommen nicht auf die Idee, den jeweils anderen als Menschen zweiter Klasse zu betrachten. Das denkt der Israeli nicht vom Araber, der Araber nicht vom Israeli. Wo es zur Staatsideologie gehört, daß es Menschen erster und zweiter Klasse gibt, dort kommt die Menschenwürde ins Spiel. Wären wir bereit, mit Ländern uns im Wettkampf zu messen, in denen Menschen unserer Hautfarbe als Menschen zweiter Klasse behandelt werden?

Kein Mensch kann bestreiten, daß es auch schwarzen Rassismus - z.B. in Uganda - gibt, noch weniger, daß afrikanische Politiker und Sportfunktionäre auch nicht klüger sind als europäische. Aber wir sollten doch wenigstens zu verstehen versuchen, welche Gefühle es sind, die viele Afrikaner manchmal zu Handlungen bewegen, die uns schwer verständlich sind. Wo Menschenwürde ins Spiel kommt, läßt sich Sport und Politik noch schwerer trennen als sonst.

(-/ee/24.8.1972/ks)